



Protokoll der Sitzung des interministeriellen Ausschusses für Integration

Mittwoch, den 16. Dezember 2020, 9:30 Uhr, Webex

Anwesend: M. Sylvain Besch (Cefis), M. Jacques Brosius (MiFa-Di), Mme Nadine Conrardy (Croix-Rouge), Mme Anne Daems (MiFa-Di), Mme. Nadine Erpelding (MC), Mme Sepideh Gorginpour (ONA), Mme Anita Helpiquet (CLAE), Mme Conny Heuertz (MiFa-Di), Mme Cynthia Jaerling (ONA), M. Steve Keiser (MI), M. Marc Konsbruck (MiFa), Mme Cathrin Nordmo (ML), M. Laurent Peusch (ADEM), Mme Isabelle Reinhardt (MESR), Mme Elisabeth Reisen (MENJE), M. Yves Schmidt (Caritas), Mme Aurélie Spigarelli (MFP), M. Claude Tremont (MTEESS), M. Christopher Witry (MEGA), Mme Yeliz Yorcu (MiFa-Di), Mme Laura Zuccoli (ASTI)

Entschuldigt: M. Alain Bliss (MAEE/Direction de l'immigration), Mme Diane Dupont (ML), M. Yves Huberty (MJ), Mme Anne-Catherine Lorrang (MFP), M. Nariman Nouri (MS), M. Laurent Solazzi (ME)

1. Begrüßung und Einführung

Herr Brosius begrüßte alle Teilnehmer der Videokonferenz und erläuterte den Grundzweck der Sitzung sowie die Tagesordnung. Der interministerielle Ausschuss wurde zum ersten Mal als erweiterter Ausschuss mit der Teilnahme von fünf Vertretern aus der Zivilgesellschaft abgehalten.

Es wurde vereinbart, Luxemburgisch als Arbeitssprache des Treffens beizubehalten. Jeder Teilnehmer konnte sich jedoch in der Sprache ausdrücken, in der er sich wohl fühlte.

2. Vorstellung des Kommunalen Integrationsplans (PCI) durch Frau Anne Daems

Frau Anne Daems stellte den Kommunalen Integrationsplan (Plan Communal Intégration - PCI) 2.0 vor, bei dem es sich um ein neues Konzept zur Unterstützung von Gemeinden handelt.

Die Anzahl der bereits vorhandenen PCIs zeigt die Grenzen des aktuellen Instruments. Tatsächlich haben bisher nur zwei der 102 Gemeinden im Großherzogtum ihren PCI formell durch den Gemeinderat bestätigt, nämlich die Stadt Luxemburg und Esch-sur-Alzette. Etwa 30 Gemeinden sind aktuell dabei, einen PCI zu erstellen oder beabsichtigen, einen solchen zu erstellen.



Das Konzept des PCI wurde daher gründlich überdacht: Das MiFa-Di schlägt den Pilotgemeinden vor, an einem *mehnjährigen und dynamischen 5-stufigen Prozess* mitzuwirken, um so schnelle, sichtbare und greifbare Ergebnisse zu ermöglichen. Dieser Prozess legt Wert auf *Teilnahme, Inklusion und Kommunikation*.

- *Schritt 1: Politisches Engagement*

Es handelt sich um eine gegenseitige Verpflichtung: Die Gemeinde verpflichtet sich, den Prozess umzusetzen, und das MiFa-Di verpflichtet sich, diese Gemeinde in dem Prozess zu begleiten.

- *Schritt 2: Bestandsaufnahme*

Auf der Grundlage von Statistiken, Projektblättern und eventuellen Befragungen der Bevölkerung.

- *Schritt 3: Bürger-Workshops*

Im Anschluss an die Bedarfsermittlung helfen Bürger-Workshops, die zu behandelnden Themen zu priorisieren und Maßnahmen zu identifizieren, die umgesetzt werden sollen.

Damit die Gemeinden schnell handeln können, hat das MiFa-Di drei Schwerpunktthemen identifiziert: *Sprachen, Zugang zu Informationen und Aktivierung von Vereinen/ehrenamtlichem Engagement*.

- *Schritt 4: Maßnahmen*

Eine erste beschlossene Maßnahme wird umgehend nach dem Workshop umgesetzt, um die Dynamik des Prozesses zu verdeutlichen und die Menschen zu motivieren, sich weiter zu engagieren.

- *Schritt 5: Auswertung*

Am Ende des Jahres wird eine Bewertung vorgenommen, um die unternommenen Schritte auszuwerten und über die nächsten Schritte zu entscheiden. In dieser Phase könnte auch eine kleine Umfrage durchgeführt werden.

In der Pilotphase ab 2021 ist eine Zusammenarbeit mit 7 Gemeinden (Clervaux, Hobscheid, Junglinster, Kopstal, Roeser, Strassen, Wiltz) und einem interkommunalen Zusammenschluss von 11 Gemeinden (De Réidener Kanton und Mertzig) geplant.

Die beratenden Gemeindegremien für Integration (CCCI) werden Teil des Begleitausschusses sein, der in jeder Gemeinde vorgesehen wird, um den Prozess zu unterstützen.

Die verschiedenen Phasen des Prozesses werden vom MiFa-Di in enger Zusammenarbeit mit den Vertragspartnern des MiFa-Di durchgeführt.



Frau Anne Daems lud die ministeriellen Mitglieder des interministeriellen Ausschusses ein, sich den Themen und Projekten anzuschließen, die für sie von Interesse sein könnten.

Es wurde eine Diskussion über die Erhebung von Statistiken geführt. Da es vor allem in kleinen Gemeinden schwierig ist, Statistiken zu erstellen, könnte über die Erstellung einer Vorlage/Basis nachgedacht werden, die den Gemeinden hilft, zu definieren, wie und wo diese Daten zu erhalten sind. CEFIS wird die Gemeinden während der zweiten Phase des PCI begleiten und die Gemeinden können durch den Vorschlag, auf eine Reihe von Indikatoren von Stateg, SIGI, CTIE zurückzugreifen, entlastet werden.

Herr Brosius informierte die Mitglieder über das Projekt, einen Flyer zu entwickeln, der den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden soll, um die Bevölkerung über die verschiedenen Phasen des PCI zu informieren und wie man sich als Bürger in den Prozess einbringen kann.

Er gab auch einen Überblick über die bereits geleistete Arbeit und betonte die Wichtigkeit von Synergien zwischen den Gemeinden und den Austausch bewährter Praktiken.

Der Schwerpunkt lag auf der Vernetzung innerhalb des Ministeriums, aber auch auf der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien. Innerhalb des Ministeriums werden regelmäßig Gespräche mit den verschiedenen Abteilungen über die Umsetzung gemeinsamer Aktionen geführt. Auf kommunaler Ebene, aber auch auf der Ebene des Nationalen Aktionsplans (PAN) wäre es interessant, bestimmte Themen zu verknüpfen und enger mit anderen Ministerien zusammenzuarbeiten.

3. Vorstellung des Gesetzesentwurfs über die Aufnahme, Orientierung, Integration und Unterstützung neu angekommener Schüler, und zur Schaffung eines Service de l'intégration et de l'accueil (SIA), durch Frau Elisabeth Reisen

Das MENJE plant die Einrichtung eines speziellen Dienstes, der für die Integration und Aufnahme von neu in Luxemburg angekommenen Kindern ausländischer Herkunft zuständig ist.

Dessen Aufgabenbereich wird die Aufgaben der derzeitigen Schulaufnahmeeinrichtung für neu angekommene Schüler (CASNA) umfassen und darüber hinaus gehen:

- Aufnahme von Kindern von Neuankömmlingen
- Bewusstseinsbildung und Information
- Betreuung der Schüler über einen Zeitraum von vier Jahren
- Regelmäßige Betreuung der Schulen
- Weiterbildung der Lehrkräfte
- Dokumentation und Recherche



Ziel des Projekts ist die systematische Betreuung aller neu angekommenen Schüler, um den Empfang, die Orientierung und die Unterstützung bei der schulischen und sozialen Integration sowie eine angemessene pädagogische Betreuung zu gewährleisten.

Die Begleitung eines neu zugezogenen Schülers erfolgt über vier Jahre und hat das Ziel, die Schullaufbahn ggf. anzupassen und damit einen Schulabbruch zu vermeiden.

Die Aus- und Fortbildung von Lehrern sowie verschiedene Projekte zur Sensibilisierung für Interkulturalität und Mehrsprachigkeit, die von dem neuen Dienst organisiert werden, werden zu einer besseren Betreuung dieser Schüler beitragen.

Am Ende des Vortrags von Frau Elisabeth Reisen fand eine Diskussion zum Thema Unterstützung für junge Menschen und insbesondere zu den Schwierigkeiten statt, mit denen sich Jugendliche (Neuankömmlinge oder Zugezogene) bei der Suche nach einer Lehrstelle oder einem Arbeitsplatz konfrontiert sehen. Ein verstärktes Monitoring würde es diesen Jugendlichen ermöglichen, das Fachvokabular besser zu beherrschen und ihnen die berufliche Integration erleichtern.

Es wurde vorgeschlagen, den neuen Dienst, sobald er implementiert ist, den Leitern der Wohnheime vorzustellen. Viele Schüler (Kinder von Personen, die internationalen Schutz beantragt haben) sind in Caritas-Strukturen untergebracht und dabei ist die Arbeit im Netzwerk besonders wichtig.

Das Maison de l'Orientation umfasst verschiedene zusammengeschlossene Beratungsdienste, die Orientierungshilfen bieten, wie CePAS, SNJ, ADEM-OP (Professioneller Orientierungsdienst des ADEM) und es gibt eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen diesen verschiedenen Beratungsdiensten.

4. Neuerungen und Aktuelles

Herr Brosius gab einen Überblick über aktuelle Ereignisse auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

- Auf europäischer Ebene: Ein neuer Aktionsplan für Integration und Inklusion (für den Zeitraum 2021-2027) wurde kürzlich von der Europäischen Kommission veröffentlicht.
- Auf nationaler Ebene: Im Rahmen der Überarbeitung des Integrationsgesetzes wurde eine schriftliche Konsultation mit 160 maßgeblichen Akteuren (einschließlich der 102 Gemeinden) gestartet, und bisher gab es +/- 60 Stellungnahmen. Viele Gemeinden haben auf den Aufruf zur Meinungsäußerung reagiert, was zeigt, dass Integration auf lokaler Ebene als wichtiges Thema angesehen wird.

Herr Brosius bedankte sich bei allen, die geantwortet hatten, und erklärte, dass die Beteiligten kontaktiert wurden, um ihre Zustimmung zur Veröffentlichung der Stellungnahmen bis Ende des Jahres zu erhalten.



Der nächste Schritt ist die Organisation von Fokusgruppen, die im Januar und Februar 2021 stattfinden sollen, um einen weiteren Austausch zu ermöglichen.

- Auf regionaler/lokaler Ebene: Die 5. Tagung der **Groupe d'Echange et de Soutien en matière d'intégration au niveau Local (GRESIL)** findet am 27. Januar 2021 per Videokonferenz über Webex statt. Das Thema des GRESIL lautet „*Digital Kommunikatioun am Déngscht vun der Gemeng an de Bierger*“. Eine Einladung des interministeriellen Ausschusses wird am 16.12. verschickt.

- Sonstiges :
 - OECD-Studie : In den letzten sieben Monaten wurde die OECD von der Integrationsabteilung beauftragt, eine Reflexion über die Überarbeitung des Integrationsgesetzes durchzuführen - aus einer internationalen Perspektive und mit dem Schwerpunkt auf den bewährten Praktiken anderer Länder.
 - Integrationsprogramm PIA (Parcours d'intégration accompagné - Begleitete Integrationsprozess) / CAI (Contrat d'accueil et d'intégration - Aufnahme- und Integrationsvertrag) :

Im Rahmen des CAI wurden 30 Trainer für die Durchführung von Kursen in Staatsbürgerkunde ausgebildet. Sechs dieser Ausbilder erhielten eine spezielle Schulung, um die SIV-Module (Séances d'information sur la vie quotidienne – Informationsveranstaltungen zu Alltagsaktivitäten) des Integrationsprogramms PIA vermitteln zu können.

Für den CAI werden derzeit Einzelinterviews mit potenziellen Unterzeichnern über Skype geführt.

Der erste digitale Orientierungstag (Journée d'orientation - JO) fand Ende Oktober 2020 statt und die Organisation des nächsten JO wird bald mit den Mitveranstaltern geplant.
 - Interkulturelle Mediation: Eine der Prioritäten für das Jahr 2021 wird die interkulturelle Mediation sein, die Ermittlung von Bedürfnissen und Vorschlägen für Verbesserungen in diesem Bereich. Eine erste Bedarfsanalyse wurde mit den Sozialämtern gestartet.
 - Projektausschreibung PAN 2021: Im November 2020 wurden zwei Online-Informationsveranstaltungen organisiert. Die Frist für die Einreichung von Anträgen auf Projektförderung ist der 6. Januar 2021.
 - Nationaler Ausländerrat (Conseil National pour Etrangers - CNE): Der Präsident und der Vizepräsident des CNE sind zurückgetreten; der Präsident des CNE legte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nieder. Am 27. Januar 2021 finden Neuwahlen statt, um den neuen Präsidenten und Vizepräsidenten zu bestimmen. Der CNE wird an zukünftigen Treffen des interministeriellen Ausschusses teilnehmen können.



5. Zeit für den Austausch mit Vertretern aus der Zivilgesellschaft

Dies ist das erste Treffen unter Anwesenheit von Vertretern aus der Zivilgesellschaft.

Es wird vorgeschlagen, künftig thematische Treffen zu verschiedenen Vortragsthemen abzuhalten, u.a.:

- Eine Präsentation eines Ausschussmitglieds zu einem Thema, das mit der Integration zusammenhängt;
- Eine Präsentation der Abteilung für Integration zu einem aktuellen Thema;
- Sowie eine Präsentation eines Vertreters aus der Zivilgesellschaft zu einem Integrationsprojekt/-schwerpunkt.

Es wird vorgeschlagen, dass eine Präsentation der OECD-Studie für eine zukünftige Sitzung des interministeriellen Ausschusses interessant wäre. Herr Brosius stimmt diesem Vorschlag zu und kündigt an, dass es in einem nächsten Schritt sogar angebracht wäre, die Ergebnisse dieser Studie der Öffentlichkeit vorzustellen.

6. Sonstiges

Es wurde vereinbart, dass die Protokolle der Sitzungen des erweiterten interministeriellen Ausschusses auf der Internetseite des Ministeriums für Familie, Integration und die Großregion veröffentlicht werden sollen.

Die nächste Sitzung ist für Mittwoch, den 24. Februar 2021 (per Videokonferenz über Webex) von 9:30 Uhr bis 12 Uhr geplant.

Vorläufige Tagesordnung für die nächste Sitzung:

- Präsentation des ersten Online-Orientierungstages (JO) im Rahmen des Aufnahme- und Integrationsvertrages (CAI).
- Präsentation der Studie über Rassismus, von CEFIS und LISER.

Die Vertreter der Ministerien wurden aufgefordert, Vorschläge für Präsentationen für die nächste Sitzung vorzubereiten.

Herr Brosius bedankte sich bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme und erklärte die Sitzung für beendet.